

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und wird am Abend vorher ausgegeben und versendet.
Monatlicher Bezugspreis 1800.— M., ausdrücklich Boten- u. Postgebühren
Bestellungen werden in unserer Geschäftsstelle, von den Boten, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Berichtszeitung Nr. 12.

Das „Wochenblatt“ enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Schriftleitung: R. Voigtländer in Bischofswerda. — Druck und Verlag: Wochenblatt für Bischofswerda und Umgegend Richard Voigtländer in Bischofswerda, Oststraße 21.

Nr. 50.

Sonnabend, den 28. April 1923.

91. Jahrgang.

Fortsetzung der öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung

vom 26. April

Montag, den 30. April 1923, 1/2 Uhr abends.
Tagesordnung wie in der Bekanntmachung in Nr. 48 des
Wochenblattes angegeben.

Moritz Niesel, 1. Vorsteher.

Der Gaspreis für April beträgt 600 Mk. für einen
Kubikmeter.

Stadtrat Bischofswerda, am 27. April 1923.

Nuhrhilfe.

Stärkt den Widerstand an Rhein und Ruhr
und Ihr dient Deutschland.

Gebt zum
Deutschen Volksopfer.

Weitere Spenden für die Nuhrhilfe.

31. Kulturtag.

Gesammelt am Geburtstag des G. H. 6000 Mk.

Öffentliches und Schriftliches.

Bischofswerda, den 27. April 1923.

Ein offenes Wort zu der Steuer-Beranlagung.

Unser armes deutsches Volk leidet und leidet schwer unter den Folgen des — unverdienten — ungünstigen Ausgangs des Weltkriegs und seiner so schmerzlichen äußeren und inneren Folgen. Die Quälereien, die wir von Seiten unserer unversöhnlichsten und rachsüchtigsten Feinde, der Franzosen, erdulden müssen, sind unbeschreibbar. Und noch immer ist ihr Ende nicht absehbar. Allern, was hilft? Wir müssen all das Schwerde, was über uns hereinbricht, mit männlicher Entschlossenheit und Standhaftigkeit tragen, „bis ein besserer Morgen tag“, wir müssen noch auf lange Zeit hinaus schwere Opfer bringen, Opfer an vielen, was uns wert und teuer ist. Opfer gewiß nicht nur an materiellen, sondern vorwiegend auch an ethischen Werten. Aber der sein Vaterland liebende Deutsche wird und will all diese Opfer bringen, und er bringt sie ohne Murren, muß er sich doch sagen, daß es eben das Vaterland und seine Wiedergewinnung ist, das solche Opfer erheischt. Was er indessen verlangen kann, das ist, daß ihm die Darbringung dieser Opfer nicht unzumutbar erschweist, daß ihm die Last, die ein jedes Opfer welcher Art auch immer erfordert, nicht geradezu unerträglich gemacht wird. Das aber — es muß einmal offen ausgesprochen werden — tut unsere Reichsfinanzverwaltung, soweit ihr die Erhebung der Steuern obliegt, in fast unerhört zu unendem Maße, dies, wenn sie die Volksgenossen mißt, die von ihr verhinderten — Steuerformulare auszufüllen. Ich möchte nicht wissen, wieviel Verwünschungen in diesen Tagen gegen die Väter dieser unseligen Formulare ausgestoßen werden, und sicher: alle die Beleidigungen der schuldigen Urheber dieser Prellerzeugnisse, sollten sie ihre gerichtliche Abhandlung finden, sie müßten eine Vermehrung der Zahl der Strafrichter ins Uragm-Sine zur Vorahnung haben. Ich nehme davon Abstand, auf Einzelheiten einzugehen, einzugehen auf die Unmöglichkeit schwieriger Fragen, die zu beantworten sind, ich gegebe nicht ein auf die vielen Zweifelsfragen, die überall auftauchen und gelöst sein wollen, dem gewissenhaften Beantworter aber dabei große Pein verursachen. Einzig und allein wohl nur den Vätern der Formulare selbst mag die fachgemäße und erläuternde Beantwortung aller der zahllosen Fragen angängig und ausführbar erscheinen, dem „Durchschnittsmenschen“ dagegen, nein, nicht nur ihm, sondern auch dem Geistesarbeiter, insbesondere dem an die Entscheidung schwieriger Rechtsfragen stolzam gewohnt Juristen bereitet sie großes Kopfzerbrechen. Namhafte Rechtsanwälte habe ich über diese Art der Steuererhebung ein Verständigungsurteil fallen hören, wie es schäfer und vernichtender kaum gedacht werden kann. Und doch wird erwartet, daß auch der schäfernde Mann im Volle dieser Ausgebur eines finanzpolitischen Bürokratismus volles Verständnis entgegenbringe. Man wird verlangen dürfen und müssen, daß die Finanzverwaltung endlich einmal Mittel und Wege finde, die Steuerberanlagung in einer Weise zu gestalten, daß zunächst alle Unklarheiten beseitigt werden und weiter eine Umfassung aller der Steuer unterliegenden Werte

erfolgen kann, ohne daß dabei doch dem Steuerpflichtigen unerträgliche kaum erfüllbare Verpflichtungen auferlegt werden. Mit den jetzt im Schwange befindlichen Steuerformularen aber hat sich die Reichsfinanzverwaltung ein starkes Stück geleistet, ein Vorgehen, daß einem ganz erheblichen Aufwand von Zeit, Kraft und Ausbauer erfordert und ganz allgemein eine schlimme, wenngleich nicht beabsichtigte Qualerei der wahrsichtig doch schon genugsam drangalerten Volksgenossen — vergeht doch fast kein Monat ohne die Verpflichtung, irgendeine mehr oder minder lange jährische oder staatliche Liste ausfüllen zu müssen — bedeutet, damit aber zu einer Quelle berechtigten Unmuts und erklärbare Verdroffenheit wird. — Wahrsich, es erscheint mir hoch an der Zeit — und ich weiß, daß ich damit Unzähligen aus dem Herzen spreche — daß unsere Regierenden, Reichspräsident, Kanzler und Volksvertretungen endlich ein fröhliches, unmöglichstliches Quos ego den unseligen Gefüßen dieser Steuerformulare zurufen und ihnen klar machen, daß, wenn der Staat schon Opfer verlangt und verlangen muß, er doch auch die unabdingbare Verpflichtung hat, die Darbringung dieser Opfer dem Volke durch komplizierte burokratische Maßnahmen nicht noch unzüglich zu erschweren, sie ihm vielmehr nach Möglichkeit zu erleichtern.

Die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am gestrigen Donnerstag nahm einen äußerst bewegten Verlauf, wie es wohl in unserer städtischen Räderperiode seit vielen Jahren nicht vorkommen sein dürfte. Nachdem die ersten 6 Punkte glatt erledigt waren, entspannte sich bei Wahl 6. Wahl eines Mitgliedes in die Oberschulenkommision betr. eine lange erregte Debatte, die schließlich zum Abbruch der Sitzung führte. In der vorangegangenen Ausschuß-Sitzung war als Vertreter des Stadtverordneten-Kollegiums in die Oberküche der Stadtverordnete Schellenberger aufgetreten worden, ohne daß von der Wirtschaftlichen Vereinigung hiergegen Einspruch erhoben worden wäre. In der öffentlichen Sitzung wurde nun von der rechten Seite der 3. Vorsteher Gründl als Vertreter im Vorschlag gebracht. Dies erregte auf der linken Seite Weitfallen, es entspannte eine standenlange heftige Debatte. Meinung stand gegen Meinung, die Gegenseite ließ sich nicht überreden, weil das politische Moment in den Vordergrund sich gebrückt hatte. Bei der Abstimmung über den Ausschluß-Antrag verzögerten die Sozialdemokraten den Verhandlungsaal. Ein Verhandlungsversuch scheiterte. 1. Vorsteher Niesel nahm nun die Wahl vor. Einmütig stimmte sie gesamte Rechte gegen den Ausschlußantrag, die Wahl Schellenbergers war abgelehnt. Hierauf verließ 1. Vorsteher Niesel ebenfalls den Saal und 2. Vorsteher Dötschreit mußte wegen Beschlusshemmung die Sitzung abbrechen und nach einem weiteren vergeblichen Schlichtungsversuch erfolgte Schluß der stürmischen Sitzung. Ueber die gesamte Verhandlung berichten wir in nächster Ausgabe des „Wochenblattes“ in der bekannten ausführlichen Weise.

Verwaltungsdirektor Albin Wagner ist am Mittwoch nach langem Leiden gestorben. Der verdiente Beamte trat erst vor wenigen Wochen in den Ruhestand, der welcher Gelegenheit ihm warme Worte der Anerkennung und des Dankes seitens der städtischen Räderpersönlichkeit gewidmet wurden.

Freiwilligen Feuerwehr, eine um diese gemeinnützige Anstalt sehr verdiente Persönlichkeit, ist in Langenberg bei Hohenstein im hohen Alter von 85 Jahren gestorben. Eine Abordnung der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr wird an seiner am Sonnabend stattfindenden Beerdigung teilnehmen.

„Der Rhein in der Vergangenheit und Gegenwart“, dieser Monumentalfilm, erregte auch bei den Vorführungen am Mittwoch und Donnerstag den ungeteilten Beifall aller Besucher und es ist der Leitung der Städte Lichtspiele nur zu danken, daß sie, ohne die großen Opfer zu scheuen, diesen erhebenden und belehrenden Kulturschatz für Bischofswerda erworben hat. Besonderer Dank gebührt auch der städtischen Kapelle und deren Leiter Pfarrer Lauterbach für die stimmungsvolle, der Handlung völlig angepaßte Begleitmusik. Nicht minder herzlicher Dank sei auch den hiesigen Vereinigen Männerchören, dem Männergesangverein und der Liedertafel abgesetzt, die unter der Leitung des Chormeisters Paul Schlaub in vollig uneigentümlicher Weise die Aufführungen durch Vortrag passender Lieder verschauten.

Der Anzeigenpreis beträgt für die lediggehaltene Zeitung über deren Raum im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda 150 M., außerhalb 180 M. Im amtlichen Teile die 8-geläufige Seite 400.— M. Anzeigen werden bis spätestens vorm. 9 Uhr für die abends erscheinende Nummer erbeten. Reklamen, die 8-geläufige Seite 500.— M. für Nachweis und Offseten. Annahme 100 Mark Extragebühr. Poststelle: Konto Leipzig Nr. 42884 Gemeinde-Girokonto Bischofswerda Nr. 808



Wochenblatt für Bischofswerda und Umgegend.

Die städtischen Lichtspiele bringen nächsten Sonnabend, Sonntag und Montag in ihrem letzten Spielplan der Bruno Kässner- und Eva May-Serie zwei ganz reizende Sachen: „Das törichte Herz“ und „Verbotene Liebe“. Die Hauptdarsteller sind den vielen Kinofreunden längst rühmlich bekannt, und der wunderbare Inhalt beider Filmtheatralien verspricht ein paar recht genügsame Stunden. Wie machen auf den Besuch der Vorführungen besonders aufmerksam: Beginn an Wochentagen um 8 Uhr, Sonntags um 7 und 9 Uhr. Verstärktes Kinoprogramm.

Von der Superintendenz wird uns geschrieben: 1. Die Eröffnung eines Kreisverbandes der Jungfrauenvereine der Ephorie Flöha, welche ursprünglich für Sonntag vorgesehen war, muß auf eine spätere Zeit verschoben werden. Die bet. Vereine werden dann rechtzeitig eingeladen werden. 2. Eine Anmeldung von Kindern, die seit Ostern 1922 nicht am ev.-luth. Religionsunterricht teilgenommen haben, sondern am Moral- oder Gedankenunterricht, zum Konfirmandenunterricht und zur Konfirmation, ist nach der bestehenden kirchlichen Ordnung vollständig zwecklos. Gesuche um Dispensation sind vom Landeskonsistorium abgelehnt worden.

Die nächste Mutterberatungssitzung in Neukirchendorf findet am Mittwoch, den 2. Mai 1923, nachmittags 2 Uhr im Gemeindeamt statt.

Der Dollar wurde am Donnerstag mit 29127 und heute Freitag vorbörslich mit 30000 Mk. gehandelt. Die tschechische Krone kostet 875 Mark. — Es heißt, daß noch im Laufe der nächsten Tage Pläne der Reichsregierung gestellt annehmen werden, um den Devisenhandel unter amtliche Obhut zu bringen. Man spricht von einer Erweiterung der Kurrenzpflicht für Devisen, weit ausgedehnte Bestandsaufnahmen des Devisenbestands und Verstärkung des Verbots der Devisenbeleihung. Der Vorschlag der gehassten Maßnahmen ist die Fortführung der Stützungaktion der Mark, die von der Reichsbank in der bisherigen Weise nicht weiter durchgeführt werden kann. Es ist jetzt zu begrüßen, daß man diesem Problem von Seiten der Regierung wieder näher tritt. Die Aufrechterhaltung einer gewissen währungspolitischen Ruhe ist eine nationale Notwendigkeit. Eine Fortsetzung der Markentwertung in diesem Augenblick würde weite Kreise der Bevölkerung auf das Säuerste beunruhigen, würde vielfach unerträgliche Zustände schaffen und vor allem im Ruhrgebiet Rückwirkungen auslösen, die verhängnisvoll sein könnten. Aber wie auch immer die Maßnahmen der Regierung beschaffen sein mögen, ein dauernder Erfolg wird ihnen nicht beschieden sein, wenn es nicht gelingt, die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Die Markentwertung ist nur zum Teil eine Folge übermäßigen Notendrucks, nur zum Teil eine Folge mangelhafter Steuerpolitik (ja, man kann sagen, daß an die deutschen Steuerzahler größere Anforderungen gestellt werden, als an irgend einen anderen Steuerzahler der Welt), zum größten Teile ist sie eine Wirkung d. t. Beinträchtigung der deutschen Souveränität durch Frankreich. Gelingt es in der Zeit der Fortführung der Stützungaktion, die weltpolitischen Grundlagen der Weiterexistenz eines deutschen Reiches neu zu sichern, dann und nur dann kann die Kur an dem Symptom, die gegenwärtig besteht, wieder aufhören. Die Erkrankung der deutschen Währung ist ein Zeichen der Erkrankung des gesamten Gemeinswesens.

Ein heißer Juli soll nach den statistischen Aufzeichnungen der deutschen Wetterwarten bevorstehen. Von 1869 an ist alle sechs Jahre, also in den Jahren 1869, 1875, 1881, 1887, 1893, 1899, 1905, 1911 und 1917, die monatliche Julittemperatur stets höher gewesen, als im vierjährigen Mittel von Mitteleuropa. Mit einer ziemlich hohen Wahrscheinlichkeit kann man auch vom Juli 1923 erwarten, daß der Juli wieder werden wird als im vierjährigen Durchschnitt. Es scheint sich um einen sechsjährigen Wärmezzyklus zu handeln, über dessen Ursachen sich freilich nichts Bestimmtes sagen läßt.

Die Gesährlichkeit der Eisamrate beweist wieder ein Vorfall, der sich in Chemnitz ereignete. Es wird darüber wie folgt berichtet: Am Montag abend wurde auf der Beckerstraße ein großes Schulmädchen von einer Eisamrate — 60 Zentimeter lang — angegriffen, und als es flüchtete, von dieser verfolgt. Auf seine Hülle setzten dann zwei junge Männer herab, die das Tier mit einer Stange festhielten. Weiter wurde ein Geschirrschäfer früh 4 Uhr in der Beckerstraße von einer Eisamrate angefallen. Nur